W+M-Interview mit Reiner Haseloff: “Wir müssen das politische Wollen mit dem Machbaren in Übereinstimmung bringen.”



W+M sprach mit dem Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts Dr. Reiner Haseloff über die Ansiedlung von Intel, die Situation der Wirtschaft angesichts der anspruchsvollen Klimaziele und der besonderen Belastungen durch den Ukrainekrieg, die Veränderungen in der Verwaltung und die Gewinnung von Fachkräften.

W+M: Mit der Entscheidung über die Intel-Ansiedlung ist Sachsen-Anhalt in aller Munde. Diese Ansiedlung hat nicht nur für Sachsen-Anhalt, sondern auch für Deutschland und Europa größte Relevanz. Was macht eine solche Ansiedlung mit Ihrem Bundesland?

Reiner Haseloff: Die Intel-Ansiedlung ist ein europäisches Projekt, das auf einer Grundsatzentscheidung der EU basiert, grundlegende und nachhaltige Technologien im eigenen Zugriffsbereich zu behalten. Bei der Chipindustrie ist es bislang so, dass etwa 80 Prozent der Produktionskapazitäten außerhalb der westlichen Welt liegen. Wir sehen gerade, dass man im Systemwettbewerb eine solche Dysbalance nicht zulassen darf, zumal Taiwan sich auch nicht in ruhigen politischen Gefilden befindet. Derzeit gibt es einen Chipmangel, der nicht nur in der Automobilindustrie für Lieferverzögerungen sorgt, sondern auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat.

Wir sind als Bundesland froh darüber, im Wettbewerb um die Ansiedlung

erfolgreich gewesen zu sein. Es gab harte Faktoren, wie verfügbare über Flächen, klare Erschließungsperspektiven, eine strategisch gute Lage, gerade auch in Bezug auf die Nähe zu anderen strategischen Partnern der Chipindustrie, das alles konnten wir bieten.

Letztlich wird die Ansiedlung einen mentalen Umbau einer Großregion, wenn nicht des ganzen Bundeslandes bewirken. Nicht, weil alle bei Intel arbeiten werden, aber die Wertschöpfungskette und die Arbeitsplätze wirken weit in die Gesellschaft hinein bis hin zu Schwerpunktsetzungen an den Universitäten, zu den entsprechenden Lehrstühlen und Ausbildungsgängen. Das bietet auch neue Perspektiven für Studierende.



Dr. Reiner Haseloff. Foto W+M

W+M: Die Corona-Pandemie ist noch nicht wirklich vorbei. In der Ukraine tobt ein Krieg, die seit Corona angeschlagenen Lieferketten schaffen weiterhin und wohl auch langfristig Engpässe, die Inflation tut ihr übriges. Wie geht es der Wirtschaft Sachsen-Anhalts?

Reiner Haseloff: Die richtigen Auswirkungen sind aktuell noch nicht spürbar, weil noch kein Versorgungsnotstand besteht. Um gewappnet zu sein, habe ich zu

einem Energiegipfel in die Staatskanzlei eingeladen und Vertreter der Kommunen, der Wirtschaft, von Verbänden und dem Bund an einen Tisch gebracht. In Erwartung kritischer Situationen insbesondere bei Unternehmen, die sehr stark von Erdgas abhängig sind, gibt es bereits Bewegungen am Markt, die die Inflation anheizen und die vor allem durch die Energiepreise verursacht sind. Die vorhandenen Aufträge können nicht mehr zu den alten Kosten realisiert werden und irgendwann ist der Punkt erreicht, wo man in die roten Zahlen kommt. Wenn ich Düngemittel zum dreifachen Preis produziere, diese Kosten aber nicht 1:1 am Markt umsetzen kann, weil Wettbewerber aus Asien, die nicht die Auswirkungen der Sanktionen spüren, das Rennen machen, haben wir ein Problem. Das ist gerade für die vielen klein- und mittelständischen Unternehmen im Land problematisch, die Konsumenten im Inland versorgen, deren Kaufkraft durch die höheren Preise zusätzlich eingeschränkt wird.

Politisch heißt das für die Bundesregierung, alle Maßnahmen auf ihre Zielführung und Effizienz zu überprüfen. Ist die Wirkung auf Putin stark und wirksam und größer als die negativen Effekte auf unsere Wirtschaft? Je länger jedoch dieser Prozess dauert, wird es nicht nur immer schwieriger, ihn kalkulatorisch darzustellen, sondern auch die Akzeptanz wird darunter leiden. Sind die Mittel die richtigen und sind sie angemessen und zielgenau? Aus der jüngeren Geschichte haben wir gelernt, dass Sanktionen nicht immer die gewünschte Wirkung entfalten.

Eine Destabilisierung der EU durch eine Schwächung ihrer stärksten Volkswirtschaft, die auf Grund der hohen Exportquote und Abhängigkeit von Rohstoffen besonders verwundbar ist, wird nur Putin nutzen.

Ich habe große Sorge, weil wir die Entwicklung schlecht extrapolieren können und bisherige volkswirtschaftliche Steuerungsmodelle dafür nicht taugen. Wir müssen das politische Wollen mit dem Machbaren in Übereinstimmung bringen. Wir sprechen von der schnellen Schaffung von Alternativen zu Gas und Öl, wissen aber auch, dass dies – Stichwort Grüner Wasserstoff – noch Jahre dauern wird. Wir werden noch lange Erdgas benötigen. Auch deshalb sollte das Thema einer Sicherheits- und Versorgungsstruktur mit Russland nicht grundsätzlich ad acta gelegt werden.

W+M: Sehen Sie in der Bundesregierung Überlegungen, die Sanktionen, die uns zunehmend selbst behindern, zurückzufahren?

Reiner Haseloff: Ich vertraue auf die Kompetenz in den Ministerien mit ihren vielen Experten, die alle Szenarien berücksichtigen. Allerdings habe ich schon in den Beratungen der Kohlekommission mehrfach darauf verwiesen, dass wir mit dem schnellen Ausstieg aus der Kohle unsere Abhängigkeit von russischem Gas verstärken.

W+M: Der Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität wird durch die aktuellen Konflikte beschleunigt. Steht uns eine Wirtschaftskrise ins Haus? Wie sind Sachsen-Anhalts Unternehmen darauf vorbereitet? Was blüht ihr, wenn es kein russisches Gas und kein Erdöl mehr gibt?

Reiner Haseloff: Einer der größten Erdgasverbraucher in Sachsen-Anhalt und Deutschland, das Stickstoffwerk in Piesteritz, das Ammoniak für die Düngemittelproduktion herstellt und für die Versorgung Mitteleuropas mit Ad-Blue verantwortlich ist, hat seine Generalwartung vorgezogen und die Produktion heruntergefahren, weil die Produktion nun unrentabel ist. Wenn wir keine Lösungen für diese Unternehmen finden, wird es das Ende der Produktion auch für viele andere Unternehmen bedeuten.

W+M: Die Probleme sind so komplex, gibt es eine Lösung?

Reiner Haseloff: Es gibt keine einfache Lösung. Russland hat noch keinen Panzer zurückgezogen und führt den Krieg unbeirrt weiter. Die Lösung kann aber nur darin bestehen, dass Russland den Krieg beendet.



Dr. Reiner Haseloff. Foto: W+M

W+M: Der Braunkohleausstieg ist für 2038 beschlossen, Bundeswirtschafts- und Klimaminister Habeck spricht von 2030. Wie ist das mitteldeutsche Braunkohlenrevier auf den Ausstieg, der eventuell vorgezogen wird, vorbereitet?

Reiner Haseloff: Für uns gilt das Gesetz und alles andere ist unsolide. Wir sind hier in einem Rechtsstaat, und wir haben den Braunkohleausstieg für 2038 beschlossen. Ich weigere mich, über 2030 zu sprechen, denn ich habe einen Amtseid geschworen, dass ich die Gesetze einhalte.

W+M: Wir brauchen mehr erneuerbare Energie. Wie steht Sachsen-Anhalt in Sachen Ausbau im Vergleich zu anderen Bundesländern da?

Reiner Haseloff: Mit der installierten Leistung bei Windkraft an Land von 5.318 MW liegt Sachsen-Anhalt auf Platz 5 der Bundesländer. Bei der installierten Leistung Photovoltaik lagen wir 2020 auf Platz 6 Bundesländer.

W+M: Die Klimaziele der Bundesrepublik sind nur zu schaffen, wenn die Planungs- und Genehmigungsverfahren drastisch reduziert werden. Genaugenommen ist aber die Modernisierung der Verwaltung und die Beschleunigung der Prozesse ein alter Hut, der auch in anderen Bereichen hohe Priorität hat? Wie ist das zu schaffen, was in der Vergangenheit scheinbar nicht schaffbar war?

Reiner Haseloff: Die Verwaltung kann viel, das haben wir in der Zeit der Pandemie und in der Flüchtlingskrise bewiesen. Selbst wenn es an vielen Stellen bürokratisch aussah, ist alles nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten abgelaufen, was international gesehen, nicht immer der Fall war. Wenn Deutschland etwas kann, ist es Verwaltung. Sie ist flexibler, als man gemeinhin denkt. Sie setzt nichts anderes um als den Rechtsrahmen, der ihr politisch vorgegeben ist. Wenn dieser verändert wird, kann die Verwaltung auch schneller werden. Gäbe es weniger Instanzen, wenn man zum Beispiel das Klagerecht für die Umweltverbände einschränken würde, könnte sie noch schneller entscheiden. Letztlich trägt der aktuelle Rechtsrahmen dazu bei, dass die Energiewende nicht schneller voran kommt. Jetzt müssen zügig die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Neuregelungen beispielsweise für die Kohlekraftwerke kurzfristig auch umgesetzt werden können. Es braucht eine Reduzierung von Sonderinteressen und eine neue zeitgemäße Priorisierung, die das Leben des Menschen an erste Stelle setzt.

W+M: Geht das so einfach?

Reiner Haseloff: Wir haben in Deutschland sowohl den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wie der Kohle beschlossen. Solange regenerative Energien aber nicht grundlastfähig sind, z. B. durch moderne Speicherkapazitäten oder Power-to-Gas-Technologien, benötigen wir Kraftwerke, die Grundlast bereitstellen. Hier wurde bislang auf Erdgaskraftwerke gesetzt. Vor dem Hintergrund der schwierigen Versorgungslage mit Erdgas müssen schnellstens Konzepte her, wie Versorgungssicherheit in Deutschland auch künftig gewährleistet werden kann. Das heißt Verfahrensbeschleunigungen beim Ausbau der Nutzung regenerativer Energien, aber auch keine Denkverbote bei der Nutzung konventioneller Energieträger.

W+M: In der Verwaltung, aber auch andernorts fehlen Fachkräfte. Welche Ideen

gibt es in Sachsen-Anhalt? Brauchen wir in der Verwaltung tatsächlich mehr Fachkräfte oder nur eine höhere Produktivität durch die Digitalisierung der Prozesse?

Reiner Haseloff: Wir haben in der Landesverwaltung hervorragende Fachkräfte, aber natürlich wollen wir vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch neue Fachkräfte für die Verwaltung gewinnen, u. a. durch ein attraktives Arbeitsumfeld mit Möglichkeiten der Nutzung von Homeoffice-Lösungen oder Teilzeitarbeit. Zugleich treiben wir die Digitalisierung voran wie z. B. durch die Einführung der elektronischen Akte. Ich denke schon, dass unsere Verwaltung produktiv ist. Sie muss sich allerdings immer auch in dem Rechtsrahmen bewegen, den Bund und EU setzen. Hier könnte es durchaus, wie schon erwähnt, Vereinfachungen geben.

W+M: Wenn wir über Fachkräfte sprechen, meinen wir nicht nur Angestellte, sondern auch Unternehmer, die neu gründen oder Unternehmensnachfolgen antreten. Wie steht es in Sachsen-Anhalt um das Thema Unternehmensgründungen und -nachfolgen?

Reiner Haseloff: Nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn stehen für den Zeitraum 2022 bis 2026 in Sachsen-Anhalt 3.600 Unternehmen zur Übergabe an. Das sind etwa fünf Prozent. Beginnend mit der frühzeitigen Förderung einer Kultur unternehmerischer Selbständigkeit bereits in der Schule, erfolgt durch das Land die Förderung von Gründerzentren an den Hochschulen, die Qualifizierung von Gründungswilligen in den Landkreisen sowie die finanzielle Unterstützung durch direkte Zuschüsse und Darlehen für Startups. Die Finanzierung dieser Programme in der Strukturfondsperiode 2021-2027 ist gesichert. Hervorzuheben ist das im Jahr 2017 vom Land erstmals aufgelegte Nachfolgedarlehen aus dem KMU-Folgefonds. Mit diesem spezifischen Darlehensangebot können die Ausgaben, die im Rahmen der Unternehmensnachfolge bzw. Unternehmensfortführung anfallen, langfristig und zinsgünstig finanziert werden. Insgesamt wurden so bereits 126 Nachfolgen mit einem Fördervolumen von mehr als 39 Mio. Euro erfolgreich unterstützt. Zu den tatsächlich bestehenden Problemen gehört unter anderem auch der bürokratische Aufwand, der mit dem Nachfolgeprozess verbunden ist. Da der Rechtsrahmen häufig durch Bundesrecht gesetzt wird, ist hier auch eine Intervention des Bundes notwendig.

W+M: Ist eigentlich angesichts neuer Ansiedlungen die Anzahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze noch das entscheidende Kriterium?

Reiner Haseloff: Natürlich sind hochqualifizierte und sehr gut bezahlte Arbeitsplätze immer ein Kriterium. Das wird sich nicht ändern.



Dr. Reiner Haseloff und W+M-Verleger Frank Nehring. Foto: W+M